



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Asylwesen + Migration – wie weiter?
Für Rückfragen	Tiana Moser, Nationalrätin, Tel.: +41 76 388 66 81
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	28. September 2011

Asylwesen und Migration: Die Zuwanderung von Fachkräften ist für die Wirtschaft notwendig

Die Grünliberalen stehen zu den Bilateralen Verträgen und somit auch zur Personenfreizügigkeit. Die Zuwanderung richtet sich nach den Bedürfnissen des Schweizer Arbeitsmarktes. Deshalb lehnen die Grünliberalen alle Vorstösse ab, die eine Rückkehr zu Kontingenten anstreben und damit den Zugang zu benötigtem Fachpersonal verhindern.

Die Grünliberale Partei anerkennt, dass der bilaterale Weg die Schweiz auch mit Herausforderungen konfrontiert. Beispielsweise sind auf dem Arbeitsmarkt teilweise Verdrängungs- und Umgehungseffekte (z.B. in der Gastronomie aber auch Lohndumping und Scheinselbständigkeit) festzustellen. Diesen Effekten gilt es zu begegnen.

Alle klagen über einen verstärkten Druck auf dem Wohnungsmarkt. Die Zuwanderung ist für diesen sogenannten Dichtestress aber nur ein unbedeutender Faktor. Wichtiger ist, dass der Wohnflächenkonsum pro Person in den letzten 30 Jahren stark zugenommen hat. Wir Schweizer beanspruchen immer mehr Wohnraum und die Anzahl an Kleinsthaushalten steigt. Wir verbrauchen immer mehr Strom und geniessen unsere Mobilität. Diese Wandlung unserer Gesellschaft der Zuwanderung zuzuschreiben, ist zu einfach und hilft wenig, unsere Probleme in den Griff zu kriegen.

Wir Grünliberalen fordern

- ein Hinterfragen unserer Gesellschaftskultur: Nach wie vor arbeitet ein grosser Teil der Mütter nicht, weil die Alternativen der Kinderbetreuung schlicht unbefriedigend sind. Bessere Angebote an Tagesschulen würden helfen, weibliche Fachkräfte, die für teures Geld ausgebildet wurden, vermehrt in der Wirtschaft zu halten,
- ein Recht auf Zusammenleben für Familien: Ausländer/-innen sollen ein Recht haben, mit ihren Familien zusammenzuleben. Lebensunterhaltskosten müssen selbstverständlich selbst zu tragen sein und Scheinehen sind zu bekämpfen. Ein Familiennachzug hilft, dass Kinder möglichst früh in die Schweiz kommen und eine Integration emotional möglich wird,
- eine Ablehnung einer kollektiven Legalisierung der Sans-Papier: Berufsausbildungen sollen aber möglich sein.

Dank der Personenfreizügigkeit entscheidet die Schweiz bereits heute autonom über die Zuwanderung. Das Schweizer Volk hat bereits 3x an der Urne die Personenfreizügigkeit bestätigt. Eine Einschränkung der Zuwanderung schadet der Schweizer Wirtschaft und damit jedem Einzelnen.